

Wahlprüfsteine des BDF Saar

(Bund Deutscher Forstleute – BDF Saar im dbb beamtenbund und tarifunion)

zur Landtagswahl im Saarland am 27.03.2022

Der BDF-Landesverband des Saarlandes hat anlässlich der anstehenden Landtagswahl am 27.03.2022 die Parteien nach Ihren Positionen zu verschiedenen forstwirtschaftlichen Themen wie Waldbewirtschaftung, Verwaltung, Naturschutz und Jagd befragt. Folgende 10 Fragen wurden gestellt:

1. Strebt Ihre Partei eine inhaltliche Modifizierung der Waldbewirtschaftung an?
2. Strebt Ihre Partei eine Modifizierung der den Wald betreffenden Verwaltungen an? Halten Sie die derzeitige Struktur des Saarforst Landesbetriebes und der zuständigen Abt. D im Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz für geeignet (Personalausstattung, Revierrößen, Organisationsform, etc.), um den vielfältigen Anforderungen der Waldbewirtschaftung gerecht zu werden?
3. Beabsichtigt Ihre Partei weitere Waldflächen im Staatswald aus der Nutzung zu nehmen?
4. Welche Position hat Ihre Partei zur Abgeltung der Ökosystemleistung des Waldes? Sollten Sie für die Abgeltung sein, beantworten Sie bitte die beiden Zusatzfragen.

Wie könnte eine Abgeltung berechnet werden?

Für welche Waldbesitzarten möchten Sie diese einführen?

5. Welche Position hat Ihre Partei zu weiteren Windenergieanlagen im Wald?

6. Forstwirtausbildung:

Die Altersstruktur des Saarforst Landesbetriebes und der Bedarf der Kommunen und Forstunternehmer erfordert die Ausbildung von Forstwirten über die, mit der jetzigen im Saarforst vorhanden Struktur, machbare Menge hinaus. Zurzeit wird die Ausbildung in Kooperation mit Rheinland-Pfalz durchgeführt. Welchen Standpunkt bezieht Ihre Partei bezüglich Anzahl der Auszubildenden im Saarforst Landesbetrieb, sowie der Struktur der Ausbildung?

7. Ein klimaresilienter Wald sollte möglichst aus Naturverjüngungen erwachsen. Insbesondere in die heimische Traubeneiche wird große Hoffnung gesetzt, da sie trockenheitsresistenter als die zurzeit noch vorherrschende Buche ist. Wie ist die Haltung Ihrer Partei zu den steigenden Verbisschäden und insbesondere dem Verlust der Eiche in den Naturverjüngungen, der durch den Verbiss des Rehwildes entsteht?
8. Die Jagd wird in der Gesellschaft immer kontroverser diskutiert. Waldbesitzer und Naturschutzverbände fordern eine Intensivierung der Rehwildbejagung sowie eine

Angleichung der Bejagungsmöglichkeiten der großen im Saarland vorkommenden Schalenwildarten. Von Jägern wird eine stärkere Bejagung des Rehwildes häufig abgelehnt, außerdem fordern Sie eine flächendeckende Ausbreitung des Rotwildes. Andere gesellschaftliche Gruppen lehnen die Jagd in Gänze ab. Wie ist die Haltung Ihrer Partei zum Thema Jagd?

9. Sind die Jagd- und Waffengesetze zeitgemäß?

10. Wie beurteilt Ihre Partei die im Jahr 2020 in Kraft gesetzte neue Biodiversitätsstrategie für den Staatswald des Saarlandes, die auch Handlungsrichtlinie für die anderen Waldbesitzarten sein soll?

Geantwortet haben CDU, SPD, Grüne und Linke:

CDU (Christlich Demokratische Union)

1. Strebt Ihre Partei eine inhaltliche Modifizierung der Waldbewirtschaftung an?

Nein, für eine inhaltliche Modifizierung der Waldbewirtschaftung besteht für die CDU Saar kein Anlass, im Gegenteil! Wir sind mit unserer Naturnahen Waldwirtschaft auf einem sehr guten Weg, der europaweit von vielen als beispielhaft betrachtet wird.

2. Strebt Ihre Partei eine Modifizierung der den Wald betreffenden Verwaltungen an? Halten Sie die derzeitige Struktur des Saarforst Landesbetriebes und der zuständigen Abt. D im Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz für geeignet (Personalausstattung, Reviergrößen, Organisationsform, etc.), um den vielfältigen Anforderungen der Waldbewirtschaftung gerecht zu werden?

Für forstliche Verwaltungsreformen sieht die CDU Saar derzeit keinen Anlass. Wir wollen unsere Kräfte darauf konzentrieren, in den bestehenden Strukturen die personellen, sachlichen und finanziellen Bedingungen für die Aufgabenerfüllung zu sichern und zu verbessern. Sollten zukünftig insbesondere in personeller Hinsicht Verstärkungen erforderlich sein, werden wir diese anpacken.

3. Beabsichtigt Ihre Partei weitere Waldflächen im Staatswald aus der Nutzung zu nehmen?

Zurzeit sind durch den „Urwald vor der Stadt“ und die Naturwaldzellen ca. 10% des Staatswaldes bereits aus der Nutzung.

Das Saarland hat als erstes Bundesland das NWE10-Ziel der Nationalen Biodiversitätsstrategie erfüllt, um dort der Natur ihren freien Lauf zu lassen. Diesbezüglich nimmt das Saarland einen Spitzenplatz im Bundesgebiet ein. Diese Vorgehensweise ist ein wichtiger Baustein gerade auch der saarländischen Biodiversitätsstrategie und ein Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt. Auch ohne die Herausnahme weiterer Flächen zählt unsere Landeshauptstadt bereits jetzt zu den grünsten Städten in der Republik. Der Verzicht auf die Holznutzung bedeutet für die CDU Saar im Übrigen keineswegs, dass der Wald aus der Bewirtschaftung genommen wird. Die Bedeutung des Rohstoffs Holz als nachwachsender natürlicher Rohstoff war noch nie so groß wie heute. Seine Nutzung für einen nachhaltigen Gebrauch bleibt im Abgleich mit den anderen zum Teil unersetzlichen Funktionen unserer Wälder eine Daueraufgabe, die keine starren Festlegungen zulässt.

4. Welche Position hat Ihre Partei zur Abgeltung der Ökosystemleistung des Waldes? Sollten Sie für die Abgeltung sein, beantworten Sie bitte die beiden Zusatzfragen.

Wie könnte eine Abgeltung berechnet werden?

Für welche Waldbesitzarten möchten Sie diese einführen?

Der saarländische Wald leistet einen enormen Beitrag zum Klimaschutz. Diese Ökosystemleistungen des Waldes sollen honoriert werden. Auf Initiative von Rheinland-Pfalz und dem Saarland wurde das Thema Honorierung von Ökosystemleistungen auf der Umweltministerkonferenz im September 2020 in Weiskirchen in die politische Arena gebracht. Ein solches Programm sollte aus Mitteln des Energie- und Klimafonds (EKF) finanziert werden. Für die CDU Saar muss es vor allem zwei Kriterien erfüllen: Die Wahrung hoher ökologischer Standards in der Waldbewirtschaftung und die unbürokratische Umsetzbarkeit.

5. Welche Position hat Ihre Partei zu weiteren Windenergieanlagen im Wald?

Für CDU Saar ist es eine erstrangige Aufgabe der Zukunftssicherung, eine vollständig kohlenstofffreie Energieerzeugung zu erreichen. Bei der Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen muss beachtet werden, dass sich das Saarland unterscheidet von den anderen Flächenländern durch den hohen Anteil seiner Siedlungs- und Industrieflächen und durch sein äußerst dichtes Straßen- und Wegenetz.

Die Flächenpotentiale für den Bau neuer Windkraftanlagen sind im Saarland nahezu erschöpft. Lediglich dort, wo es unter natur-, klima- und tierschutzrechtlichen Aspekten und unter Einbeziehung der anwohnenden Bevölkerung möglich ist, konfliktfreie

Flächen zur Verfügung zu stellen, kann über den Bau weiterer Windkraftanlagen nachgedacht werden. Darüber hinaus gibt es eine klare gesetzliche Regelung, wonach auf historisch alten Waldflächen im Staatswald die Errichtung von baulichen Anlagen, die der Nutzung der Windenergie dienen, unzulässig ist. Die CDU Saar wird an dieser gesetzlichen Regelung festhalten.

Es wird jetzt darauf ankommen, einen großen Teil der Kraft, die derzeit in Windenergie-Debatten verpufft, in die Realisierung konfliktärmerer Möglichkeiten, insbesondere in die Fotovoltaik einzusetzen.

6. Forstwirtausbildung:

Die Altersstruktur des Saarforst Landesbetriebes und der Bedarf der Kommunen und Forstunternehmer erfordert die Ausbildung von Forstwirten über die, mit der jetzigen im Saarforst vorhanden Struktur, machbare Menge hinaus. Zurzeit wird die Ausbildung in Kooperation mit Rheinland-Pfalz durchgeführt. Welchen Standpunkt bezieht Ihre Partei bezüglich Anzahl der Auszubildenden im Saarforst Landesbetrieb, sowie der Struktur der Ausbildung?

Der Saarforst Landesbetrieb und der kommunale und private Waldbesitz brauchen für die anspruchsvolle naturnahe Waldbewirtschaftung qualifiziertes Fachpersonal vor Ort und damit auch gut ausgebildete Nachwuchskräfte, um – insbesondere im Hinblick auf die vorherrschende Altersstruktur – für die zukünftigen Herausforderungen gewappnet zu sein.

Mit Stand zum September 2021 entfielen bei 40 Bewerberinnen und Bewerbern auf den Bereich der Land-, Tier- und Forstwirtschaftsberufe 21 Ausbildungsstellen; 5 Berufsausbildungsstellen blieben unbesetzt (Quelle: BA Ausbildungsmarktstatistik). Unser Ziel ist es, die vorhandenen und sehr guten Strukturen innerhalb der Ausbildung nicht nur zu erhalten, sondern auch weiter zu stärken

7. Ein klimaresilienter Wald sollte möglichst aus Naturverjüngungen erwachsen. Insbesondere in die heimische Traubeneiche wird große Hoffnung gesetzt, da sie trockenheitsresistenter als die zurzeit noch vorherrschende Buche ist. Wie ist die Haltung Ihrer Partei zu den steigenden Verbisschäden und insbesondere dem Verlust der Eiche in den Naturverjüngungen, der durch den Verbiss des Rehwildes entsteht?

Die CDU Saar steht in ständigem Austausch mit den grünen Verbänden, insbesondere NABU, BUND, VJS, ÖJiS etc. und Vertretern aus der Landwirtschaft. Diesbezüglich ist unsere Politik darauf ausgerichtet, der vorstehend geschilderten Thematik gerecht zu werden. Wir bezweifeln nicht, dass die Jägerinnen und Jäger zu ihrer Verantwortung

stehen. Wir sehen aber auch, dass die Eichen in weiten Teilen des Landes so stark verbissen werden, dass ihre natürliche Verjüngung extrem gefährdet ist.

8. Die Jagd wird in der Gesellschaft immer kontroverser diskutiert. Waldbesitzer und Naturschutzverbände fordern eine Intensivierung der Rehwildbejagung sowie eine Angleichung der Bejagungsmöglichkeiten der großen im Saarland vorkommenden Schalenwildarten. Von Jägern wird eine stärkere Bejagung des Rehwildes häufig abgelehnt, außerdem fordern Sie eine flächendeckende Ausbreitung des Rotwildes. Andere gesellschaftliche Gruppen lehnen die Jagd in Gänze ab. Wie ist die Haltung Ihrer Partei zum Thema Jagd?

Die CDU Saar steht zur Jagd als einer unverzichtbaren Aufgabe. Die Belange der Landnutzung, der Ökologie und des Tierschutzes können durch eine verantwortungsvolle Jagd erfüllt werden. Für eine flächendeckende Ausbreitung des Rotwildes fehlen im Saarland wichtige Voraussetzungen.

9. Sind die Jagd- und Waffengesetze zeitgemäß?

Ja, die derzeitigen Jagd- und Waffengesetze sind zeitgemäß; eine zusätzliche Verschärfung wurde erst durchgeführt. Darüber hinaus sind die derzeitigen Waffengesetze derart ausgestaltet, dass sie den vorstehend aufgeführten Fragestellungen 7 und 8 gerecht werden. Falls sich jedoch zukünftig Novellierungsbedarf ergeben sollte, wird eine Abstimmung mit den grünen Verbänden und der VJS erfolgen.

10. Wie beurteilt Ihre Partei die im Jahr 2020 in Kraft gesetzte neue Biodiversitätsstrategie für den Staatswald des Saarlandes, die auch Handlungsrichtlinie für die anderen Waldbesitzarten sein soll?

Der saarländische Staatswald wird seit über 30 Jahren nach den Prinzipien der naturnahen Waldwirtschaft bewirtschaftet. Die Erhaltung und die Förderung der Biodiversität wird vollumfänglich in die zugrundeliegende Waldbewirtschaftung integriert. Darüber hinaus werden neue Erkenntnisse im Bereich Biodiversität kontinuierlich in die Bewirtschaftungsstrategien aufgenommen. Die CDU Saar fühlt sich verpflichtet, den eingeschlagenen Weg der naturnahen Waldwirtschaft kontinuierlich weiterzugehen und weiterzuentwickeln. Daher ist die Biodiversitätsstrategie für den Staatswald des Saarlandes für uns ein wichtiger Baustein anzusehen, einer umfassend ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Waldwirtschaft.

SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)

1. Strebt Ihre Partei eine inhaltliche Modifizierung der Waldbewirtschaftung an?

Das Saarland hat die Wälder, die sich andere wünschen. Im Ländervergleich weist unser Bundesland mit 75 Prozent den höchsten Anteil an Laubbäumen auf – ein Verdienst der 30-jährigen naturnahen Waldwirtschaft des Saarlandes. Der hohe Laubbaumanteil speichert CO₂ und macht den Wald klimastabiler. Die naturnahe Waldbewirtschaftung des Saarlandes bedarf aus unserer Sicht derzeit keiner grundlegenden Modifizierung. Natürlich werden bedingt durch den Klimawandel und neuen Entwicklungen und Forschungen immer wieder Anpassungen der Waldbewirtschaftungsstrategie notwendig werden.

2. Strebt Ihre Partei eine Modifizierung der den Wald betreffenden Verwaltungen an? Halten Sie die derzeitige Struktur des SaarForst Landesbetriebes und der zuständigen Abt. D im Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz für geeignet (Personalausstattung, Reviergrößen, Organisationsform, etc.), um den vielfältigen Anforderungen der Waldbewirtschaftung gerecht zu werden?

Mit der Gründung des SaarForst Landesbetriebs wurde 1999 ein Landesbetrieb nach § 26 LHO geschaffen. Nach mehr als zwanzig Jahren SFL hat sich gezeigt, dass sich dieses Konzept bewährt hat. Der Forstbetrieb kann sich auf die betrieblichen Aufgaben der Bewirtschaftung des Staatswaldes und die Erbringung von Dienstleistungen konzentrieren. Sowohl aus betrieblicher als auch aus personeller Sicht ist es von Vorteil, dass der Landeshaushalt den Betrieb finanziell stützt. In Abt. D im Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz gibt es darüber hinaus mehrere Referate, deren Themengebiet ebenfalls Wald und Forsten ist – zusätzlich zum SaarForst Landesbetrieb. Daher sehen wir derzeit keinen Anlass zu Veränderungen der Organisationsstruktur des SaarForst Landesbetriebs oder der Struktur des Ministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz.

3. Beabsichtigt Ihre Partei weitere Waldflächen im Staatswald aus der Nutzung zu nehmen? Zurzeit sind durch den „Urwald vor der Stadt“ und die Naturwaldzellen ca. 10% des Staatswaldes bereits aus der Nutzung.

Als erstes Bundesland haben wir zehn Prozent der Staatswaldfläche aus der Bewirtschaftung genommen. Der Wald im Saarland ist nicht nur Klimaschützer, sondern dient den Saarländerinnen und Saarländern auch als Ort der Erholung. Daher wollen wir Erholungswälder mit ökologischem Schwerpunkt im urbanen Verdichtungsraum entwickeln: Dafür wird die Bewirtschaftung der Wälder noch stärker zurückgefahren und der Schwerpunkt auf die Erholungsnutzung der Bevölkerung gelegt. Den Warndtwald und Dudweiler Wald wollen wir daher als Natur- und Erholungswald entwickeln und ausweisen.

Wir wollen außerdem den Urwald vor den Toren der Stadt um weitere 1.000 Hektar auf 2.000 Hektar verdoppeln.

4. Welche Position hat Ihre Partei zur Abgeltung der Ökosystemleistung des Waldes? Sollten Sie für die Abgeltung sein, beantworten Sie bitte die beiden Zusatzfragen. Wie könnte eine Abgeltung berechnet werden? Für welche Waldbesitzarten möchten Sie diese einführen?

Für die Bewältigung des Klimawandels brauchen wir eine entsprechende finanzielle Ausstattung. Deshalb fordern wir vom Bund finanzielle Unterstützung nachhaltig bewirtschafteter Wälder, unabhängig von der Waldbesitzart. Wir wollen die Finanzierung der ökologischen, sozialen und klimaschutzgerechten Aufgaben unabhängig von der Wirtschaftlichkeit der Holznutzung leisten und durch die Honorierung der Ökosystemleistungen insgesamt sicherstellen.

5. Welche Position hat Ihre Partei zu weiteren Windenergieanlagen im Wald?

Wir wollen den Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch bis 2030 mindestens verdoppeln. Den Treibhausgasausstoß werden wir bis 2030 halbieren. Um beim Ausbau der Erneuerbaren Energien mit gutem Beispiel voranzugehen, werden wir Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern öffentlich genutzter Gebäude zur Pflicht machen – wann immer neu gebaut oder grundlegend saniert wird. Im Bereich der Windenergie werden wir durch Repowering von Windkraftanlagen die Energiegewinnung an bestehenden Standorten steigern.

Um den Anteil an erneuerbaren Energien am Stromverbrauch verdoppeln zu können, brauchen wir weitere Windkraftanlagen – auch an neuen Standorten. Aktuell sind nur 0,7 Prozent der Landesfläche für Windkraft ausgewiesen. Wir halten daran fest, zwei Prozent der Landesfläche für Windkraftanlagen freizugeben. Wir werden bei den Kommunen darum werben, dass neue Flächen ausgewiesen werden. Dabei darf der Wald nicht pauschal ausgeschlossen werden, wenn der Betrieb eines Windrads gutachterlich als effizient eingeschätzt wird. Wertvolle Waldbestände müssen aber besonders geschützt bleiben. Um die Akzeptanz der Bürger:innen für den Bau von Windanlagen zu erhöhen, wollen wir Bürger:innen und Kommunen am Ertrag der Anlagen beteiligen.

6. Forstwirtausbildung: Die Altersstruktur des Saarforst Landesbetriebes und der Bedarf der Kommunen und Forstunternehmer erfordert die Ausbildung von Forstwirten über die, mit der jetzigen im Saarforst vorhanden Struktur, machbare Menge hinaus. Zurzeit wird die Ausbildung in Kooperation mit Rheinland-Pfalz durchgeführt. Welchen Standpunkt bezieht Ihre Partei bezüglich Anzahl der Auszubildenden im Saarforst Landesbetrieb, sowie der Struktur der Ausbildung?

Neben den Vorzügen einer über das Tarif- und Beamtenrecht geregelten sicheren Anstellung ist es unser Ziel, die Ausbildungsinhalte konsequent an die Erfordernisse des künftigen Arbeitsumfelds mit Blick bspw. auf Digitalisierung – aber auch eine noch stärkere Balancierung von Ökologie und Ökonomie – auszurichten.

7. Ein klimaresilienter Wald sollte möglichst aus Naturverjungen erwachsen. Insbesondere in die heimische Traubeneiche wird große Hoffnung gesetzt, da sie trockenheitsresistenter als die zurzeit noch vorherrschende Buche ist. Wie

ist die Haltung Ihre Partei zu den steigenden Verbisschäden und insbesondere dem Verlust der Eiche in den Naturverjüngungen, der durch den Verbiss des Rehwildes entsteht?

Wildverbiss durch Rot-, Dam- oder Rehwild ist einer der kritischsten Aspekte bei einer Wiederbewaldung. Darum ist es wichtig, entsprechende Schutzmaßnahmen wie Zäune oder Schutzhüllen zu nutzen, um gerade das frühe Wachstum zu gewährleisten. Der Verbiss durch Wild ist in weiten Teilen des Saarlands ein großes Problem. Deshalb ist bei vielen Wiederaufforstungsmaßnahmen der Schutz der Pflanzen unabdingbar.

8. Die Jagd wird in der Gesellschaft immer kontroverser diskutiert. Waldbesitzer- und Naturschutzverbände fordern eine Intensivierung der Rehwildbejagung sowie eine Angleichung der Bejagungsmöglichkeiten der großen im Saarland vorkommenden Schalenwildarten. Von Jägern wird eine stärkere Bejagung des Rehwildes häufig abgelehnt, außerdem fordern Sie eine flächendeckende Ausbreitung des Rotwildes. Andere gesellschaftliche Gruppen lehnen die Jagd in Gänze ab. Wie ist die Haltung Ihrer Partei zum Thema Jagd?

Wir stehen zur Jagd im Saarland. Die Jäger:innen leisten unverzichtbare Arbeit im Bereich des Arten- und Naturschutzes. Wir haben den Jagdfrieden seit 2014 wiederhergestellt und seither gut mit den Jägerinnen und Jägern zusammengearbeitet. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir auch künftig weitergehen.

9. Sind die Jagd- und Waffengesetze zeitgemäß?

Die letzte Novellierung des saarländischen Jagdgesetzes erfolgte 2014. Dieser vorgeschaltet war ein breiter Dialogprozess verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Interessenverbände, aus denen als „breiter Kompromiss“ das bis heute gültige saarländische Jagdgesetz hervorgegangen ist. Dieser Dialog setzte sich auf vielen Ebenen im Bereich der Anwendung und beim Vollzug dieses Gesetzes fort. Den so erzielten „Jagdfrieden“ wollen wir im Dialog mit den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden fortsetzen.

Im Rahmen des verabscheuungswürdigen Verbrechens in Kusel muss eine umfassende Aufklärung erfolgen. Wenn im Rahmen der Aufklärung Regelungslücken beim Waffenrecht offenbar werden, müssen diese geschlossen werden. Neben der Frage der Zuverlässigkeit spielt die Frage der wirksamen Kontrolle eine entscheidende Rolle.

10. Wie beurteilt Ihre Partei die im Jahr 2020 in Kraft gesetzte neue Biodiversitätsstrategie für den Staatswald des Saarlandes, die auch Handlungsrichtlinie für die anderen Waldbesitzarten sein soll?

Die im letzten Jahr im SaarForst implementierte Biodiversitätsstrategie ist der Leitfaden, nach dem sich die Bewirtschaftung des Staatswaldes richtet. Sie ergänzt die seit über 30 Jahren praktizierte naturnahe Waldbewirtschaftung um den bedeutenden Aspekt der Biodiversität. Hier stehen Nutzung und Schutz im Einklang, wobei die Ökologie der Ökonomie vorrangig ist. Dass das bereits so ist, zeigt der stetig wachsende Holzvorrat in unseren Wäldern ebenso wie die zehn Prozent der

Waldflächen, die im Staatswald aus der Bewirtschaftung genommen wurden. Zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie wird die Waldbewirtschaftungsrichtlinie des SaarForst entsprechend angepasst, das Personal geschult und ein begleitendes Controlling auf die Beine gestellt. So wie die Strategien zum Waldumbau ständig angepasst werden müssen, muss auch die Schulung des Personals angepasst und ausgebaut werden.

Bündnis 90 – Die Grünen

1. Strebt Ihre Partei eine inhaltliche Modifizierung der Waldbewirtschaftung an?

Die Herausforderungen der Klimakrise erfordern sowohl eine Anpassung als auch eine Neudefinition und Präzisierung der gesetzlichen Grundsätze für die Waldbewirtschaftung. Ziel muss es sein, Stressfaktoren jenseits der Klimakrise zu minimieren und vor allem die Wälder so zu bewirtschaften, dass sie ihre biologische Vielfalt, Produktivität, Verjüngungsfähigkeit und Vitalität erhalten. Unsere Waldgesetze müssen diesen Herausforderungen Rechnung tragen. Dafür wollen wir gesetzliche Mindeststandards über eine rechtssichere Definition der guten fachlichen Praxis im Waldgesetz festschreiben. Die „gute fachliche Praxis“ soll im Rahmen der Sozialpflichtigkeit des Eigentums als Mindestschwelle waldökologischer Anforderungen an die Forstwirtschaft verstanden werden, die essenziell sind, um die Waldfunktionen dauerhaft auch unter Klimakrisenbedingungen möglichst umfassend zu erhalten. Diese Mindeststandards definieren gleichzeitig eine notwendige Basislinie, um eine Förderung darüber hinausgehender besonderer Leistungen politisch legitimieren zu können.

Zu diesen Mindeststandards gehört, dass aus dem Wald die Stämme einzeln geerntet werden, anstatt ganze Flächen auf einmal kahl zu schlagen. Wir wollen die Ernte im Wald so gestalten, dass der Boden nicht durch tiefe Furchen oder Verdichtung geschädigt wird und die befahrene Waldbodenfläche durch einen breiteren Rückegassenabstand minimiert wird.

Der zulässige Holzeinschlag soll sich nicht allein am Vorratzzuwachs, sondern gleichrangig am langfristigen Erhalt der Ökosystemstabilität orientieren. Wir wollen den Vorrang für standortheimische Baumarten und ein Verbot von gentechnisch veränderten Bäumen. Pestizideinsätze in Wäldern müssen Ultima Ratio für streng begrenzte außergewöhnliche Notfälle bleiben. Für die Biodiversität besonders gefährliche Pestizide, insbesondere Breitbandinsektizide, haben im Waldökosystem nichts zu suchen. Die Entwässerung von Wäldern muss beendet werden, um mehr Wasser in der Landschaft zu halten. Wälder der öffentlichen Hand sollen zusätzlich nach FSC oder Naturland-Standard bewirtschaftet werden.

2. Strebt Ihre Partei eine Modifizierung der den Wald betreffenden Verwaltungen an? Halten Sie die derzeitige Struktur des Saarforst Landesbetriebes und der zuständigen Abt. D im Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz für geeignet (Personalausstattung, Reviergrößen, Organisationsform, etc.), um den vielfältigen Anforderungen der Waldbewirtschaftung gerecht zu werden?

Auch im Wald muss eine Ausreichung öffentlicher Gelder an klar formulierte Anforderungen und Kriterien gebunden sein, die wirksam auf breiter Fläche die Transformation zu klimastabilen naturnahen Wäldern beschleunigen. Der Grundsatz „öffentliches Geld für Gemeinwohlnutzen“ muss auch hier greifen. Förderprogramme sind auf der Basis konkret erbrachter Leistungen und gezielter Maßnahmen zur Stärkung von Waldökosystemen in Bezug auf Klimaresilienz, Naturnähe und Biodiversität zu gestalten, wobei diese Leistungen und Maßnahmen über den gesetzlichen Mindeststandard der guten fachlichen Praxis hinausgehen sollen. Bestehende Waldbauförderinstrumente im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) müssen entsprechend auf den Prüfstand gestellt und schnellstmöglich an klare ökologische Anforderungen geknüpft werden in Bezug auf Vielfalt an heimischen Baumarten, Mindestmengen an Alt- und Totholz, Begrenzung des Rückegassennetzes und weitere Anforderungen an die Bewirtschaftungspraxis.

3. Beabsichtigt Ihre Partei weitere Waldflächen im Staatswald aus der Nutzung zu nehmen?

Zurzeit sind durch den „Urwald vor der Stadt“ und die Naturwaldzellen ca. 10% des Staatswaldes bereits aus der Nutzung.

Waldflächen, beispielsweise im Nationalpark Bayerischer Wald, die sich dauerhaft ohne Eingriffe des Menschen entwickeln, weisen eine erstaunlich positive Entwicklungsdynamik auch nach extremen Kalamitätseignissen, etwa durch flächigen Borkenkäferbefall, auf. Solche Flächen können daher als Reallabor wichtige Erkenntnisse zu robusteren und anpassungsfähigen Waldökosystemen liefern und damit auch zu neuen Ansätzen für eine naturnahe Waldbewirtschaftung beitragen. Zugleich sind Wildniswälder wichtige Rückzugsräume für seltene Arten, die auf sehr alte Bäume und Totholz angewiesen sind. Daher wollen wir in einem ersten Schritt mindestens fünf Prozent der Waldfläche aus der Holznutzung nehmen und in einen Biotopverbund einbinden, wobei die öffentliche Hand Vorbildfunktion hat. Ökologisch besonders wertvolle Waldflächen bzw. seltene Waldtypen sollen über einen Wildnisfonds für den Naturschutz gesichert werden. Waldnaturschutzleistungen in Wirtschaftswäldern über die gute fachliche Praxis hinaus, wie etwa ein höherer Anteil an Alt- und Totholzbäumen und spezielle Artenschutzmaßnahmen, sollen durch attraktivere Vertragsnaturschutzprogramme gefördert werden.

4. Welche Position hat Ihre Partei zur Abgeltung der Ökosystemleistung des Waldes? Sollten Sie für die Abgeltung sein, beantworten Sie bitte die beiden Zusatzfragen.

Wie könnte eine Abgeltung berechnet werden?

Für welche Waldbesitzarten möchten Sie diese einführen?

Zur leistungsorientierten Förderung von vitalen Waldökosystemen mit einem breiten Spektrum an Waldfunktionen schlagen wir mittelfristig das Instrument einer zeitlich befristeten Zukunftswaldprämie vor. Ausgewählte Indikatoren, welche Zustand und Entwicklung von Waldökosystemen und damit die Qualität von Ökosystemleistungen einer Waldfläche gut abbilden, könnten Grundlage für die Berechnung der Förderhöhe sein. Die benötigten Parameter können automatisiert und bürokratiarm durch jährlich überprüfbare Fernerkundungsdaten, etwa über Satelliten, erhoben werden. So lassen sich tatsächlich erbrachte und gemessene Leistungen ohne aufwändige Erhebung vor Ort ermitteln und zugleich ein umfangreiches Monitoring der Waldentwicklung erreichen. Eckpunkte eines solchen Modells zur Förderung der Funktionen und Leistungen von Waldökosystemen hat das Centre for Economics and Ecosystem Management (CEEM) erarbeitet. Es liefert wichtige Impulse zur Debatte über wirksame gemeinwohlorientierte Förderinstrumente für klimaresiliente Waldökosysteme und deren Ökosystemleistungen.

5. Welche Position hat Ihre Partei zu weiteren Windenergieanlagen im Wald?

Genau wie im Offenland sind bei Windenergieplanungen im Wald die Auswirkungen auf Mensch, Natur und Landschaft zu prüfen sowie unvermeidbare Eingriffe auszugleichen oder zu ersetzen. Naturschutzrechtliche Rahmenbedingungen ergeben sich aus dem Bundesnaturschutzgesetz sowie den Naturschutzgesetzen der Länder. Zusätzlich sind walddrechtliche Belange zu berücksichtigen. Im Bundeswaldgesetz sowie den jeweiligen Landeswaldgesetzen finden sich Vorschriften zu Ersatzaufforstungen oder Ausgleichsmaßnahmen bei der Umwandlung von Wald in andere Nutzungsformen. Darüber hinaus gibt es Empfehlungen, welche Waldgebiete für die Windenergienutzung nicht infrage kommen sollen.

Das Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE) empfiehlt nach der Art der Waldnutzung zu unterscheiden. Intensiv forstwirtschaftlich genutzte artenarme Flächen kommen eher für die Windenergienutzung in Frage als artenreiche naturnahe Wälder. Für sogenannte Kalamitätsflächen – Flächen auf denen Stürme oder Schädlinge den Wald fast vollständig vernichtet haben – könnte die Windenergienutzung sogar ein wichtiges wirtschaftliches Standbein sein, um die Wiederaufforstung zu finanzieren.

6. Forstwirtausbildung:

Die Altersstruktur des Saarforst Landesbetriebes und der Bedarf der Kommunen und Forstunternehmer erfordert die Ausbildung von Forstwirten über die, mit der jetzigen im Saarforst vorhanden Struktur, machbare Menge hinaus. Zurzeit wird die Ausbildung in Kooperation mit Rheinland-Pfalz durchgeführt. Welchen Standpunkt bezieht Ihre Partei bezüglich Anzahl der Auszubildenden im Saarforst Landesbetrieb, sowie der Struktur der Ausbildung?

Vor allem in der Struktur der Ausbildung der Forstwirt*innen sollte in Zukunft der Fokus auf den neusten forschungsbasierenden wissenschaftlichen Erkenntnissen im Bezug auf den Klimawandel liegen. Dabei sollte die Wirtschaftlichkeit hinter den Schutz des Waldes gestellt werden.

7. Ein klimaresilienter Wald sollte möglichst aus Naturverjüngungen erwachsen. Insbesondere in die heimische Traubeneiche wird große Hoffnung gesetzt, da sie trockenheitsresistenter als die zurzeit noch vorherrschende Buche ist. Wie ist die Haltung Ihre Partei zu den steigenden Verbisschäden und insbesondere dem Verlust der Eiche in den Naturverjüngungen, der durch den Verbiss des Rehwildes entsteht?

Langfristig sind naturnah strukturierte, artenreiche Wälder die beste Versicherung gegen Dürreschäden, Stürme, Brände und Schädlingsprobleme. Das bringt nicht nur Vorteile für die biologische Vielfalt, sondern auch Ertragssicherheit und Planbarkeit für die heimische Holzwirtschaft. Wir wollen Wälder mit viel Struktur, mit Bäumen unterschiedlichen Alters und mit angepassten Wildbeständen, sodass möglichst alle Arten von Jungbäumen im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen vor Verbiss nachwachsen können. Dieses Ziel wollen wir für den Wirtschaftswald gesetzlich verankern und zur Ermittlung des Ausmaßes an Verbisschäden regelmäßige Vegetationsgutachten verbindlich festschreiben.

8. Die Jagd wird in der Gesellschaft immer kontroverser diskutiert. Waldbesitzer- und Naturschutzverbände fordern eine Intensivierung der Rehwildbejagung sowie eine Angleichung der Bejagungsmöglichkeiten der großen im Saarland vorkommenden Schalenwildarten. Von Jägern wird eine stärkere Bejagung des Rehwildes häufig abgelehnt, außerdem fordern Sie eine flächendeckende Ausbreitung des Rotwildes. Andere gesellschaftliche Gruppen lehnen die Jagd in Gänze ab. Wie ist die Haltung Ihrer Partei zum Thema Jagd?

Im Einklang mit Naturschutz- und Waldbesitzerverbänden setzen wir uns für wald-, natur- und tierschutzgerechte Bejagungsverfahren ein.

Durch die Einführung regelmäßiger Schießprüfungen, einer Null-Promillegrenze sowie dem Gebot der Nachsuche über Reviergrenzen hinweg soll sichergestellt werden, dass die Zahl der Tiere, die Interessen von allen GrundeigentümerInnen, müssen gestärkt werden. Alle GrundeigentümerInnen müssen das Recht haben zu entscheiden, ob auf ihrem Grund und Boden gejagt werden darf.

Aus Gründen des Umwelt-, Tier - und Verbraucherschutzes muss bleihaltige Munition verboten werden.

Der Abschuss von Hunden und Katzen muss verboten werden. Probleme sind nach Ordnungsrecht zu behandeln.

Um eine natürliche Entwicklung heimischer Wildtierbestände zu ermöglichen muss die Jagd in Naturschutzgebieten, Nationalparks, Kernzonen von Biosphärenreservaten ruhen und in FFH, EU- Vogelschutzgebiete auf ihre Verträglichkeit geprüft werden. Auch muss die Jagd im Umkreis von einem Kilometer um Rastvogelversammlungen und Grünbrücken verboten werden. Ein Teil der bejagbaren Landesfläche sollte als Jagdruhezone ausgewiesen werden.

Es braucht einen Paradigmenwechsel, weg von Hobby- und Trophäenjagd, hin zu einem modernen, ökologisch ausgerichteten Jagdrecht, das Arten- und Tierschutz priorisiert. Eine grundlegende Novellierung des Jagdrechts ist daher überfällig.

Ein Verstoß gegen das Gebot verletzte Tiere unverzüglich zu erlegen, ist unter Strafe zu stellen.

9. Sind die Jagd- und Waffengesetze zeitgemäß?

In Deutschland gibt es über fünf Millionen legale Waffen. Jedes Jahr sterben Menschen auch durch legale Waffen, beim Hantieren mit ihnen oder durch Straftaten. Diese reichen von häuslicher Gewalt über Amokläufe bis hin zu extremistischen Attentaten. Solche Straftaten werden nicht unbedingt durch die berechtigten Legalwaffenbesitzer*innen begangen, sondern auch durch Menschen, die sich rechtswidrig Zugang zu diesen Waffen verschaffen, weil sie über entsprechende Zugänge, zum Beispiel im gemeinsamen Haushalt, verfügen. Um ein valides Bild über die Dimensionen und Ursachen solcher Straftaten zu erhalten, braucht es eine verbesserte kriminalstatistische Erfassung. Es muss dokumentiert werden, ob eine Straftat mit einer legalen oder illegalen Schusswaffe begangen wurde, ob es bei der Tat auch zu einer Schussabgabe kam und ob die oder der Tatverdächtige berechtigt war, die Waffe zu besitzen oder nicht. Jeder Mensch, der durch eine Waffe stirbt, ist einer zu viel. Deshalb wollen wir die Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen – außer für Jäger*innen, die ohne diese Waffen ihre Aufgaben nicht erfüllen können – schrittweise beenden. Auch im Bereich des Schießsports setzen wir uns im Dialog mit Sportschütz*innen für die Umstellung auf nichttödliche Schusswaffen ein.

10. Wie beurteilt Ihre Partei die im Jahr 2020 in Kraft gesetzte neue Biodiversitätsstrategie für den Staatswald des Saarlandes, die auch Handlungsrichtlinie für die anderen Waldbesitzarten sein soll?

Die Strategie ist ein erster Schritt, um den Folgen der Klimaerwärmung entgegen zu treten und zumindest das Buchenwaldökosystem besser zu schützen. "Unter Berücksichtigung von 15 Aspekten wie zum Beispiel Mischbaumarten, Bodenschutz,

Totholz, Lichtungsarten, Waldwege oder Waldränder, wird die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes gestärkt." (Zitat)

Wir sollten ein Waldschutzgesetz statt ein Waldnutzgesetz anstreben, nur so kann der Wald nachhaltig, ökologisch und ökonomisch für die Herausforderungen der Zukunft geschützt werden.

Die Linke

1. Strebt Ihre Partei eine inhaltliche Modifizierung der Waldbewirtschaftung an?

DIE LINKE Saar steht zu einer naturnahen Waldbewirtschaftung des nachwachsenden Rohstoffes Holz. In Zeiten des Klimawandels steht der Walderhalt über allem.

2. Strebt Ihre Partei eine Modifizierung der den Wald betreffenden Verwaltungen an? Halten Sie die derzeitige Struktur des Saarforst Landesbetriebes und der zuständigen Abt. D im Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz für geeignet (Personalausstattung, Reviergrößen, Organisationsform, etc.), um den vielfältigen Anforderungen der Waldbewirtschaftung gerecht zu werden?

Die jetzt bestehenden Reviergrößen sind geeignet, um die vielfältigen Aufgaben zu bewerkstelligen. Sie haben sich bewährt. Wir streben daher keine Modifizierung der Verwaltung an bzw. Organisationsstruktur an. Unsere Partei steht seit jeher für Mitbestimmung der Belegschaften von Betrieben, d.h. sollten Änderungsvorschläge aus dem Betrieb kommen, werden diese geprüft und nur im Einvernehmen mit der Belegschaft umgesetzt.

3. Beabsichtigt Ihre Partei weitere Waldflächen im Staatswald aus der Nutzung zu nehmen? Zurzeit sind durch den „Urwald vor der Stadt“ und die Naturwaldzellen ca. 10% des Staatswaldes bereits aus der Nutzung.

Der saarländische Wald steht klimabedingt unter Stress. Wir möchten ihm Zeit zur Ruhe und Naturverjüngung geben und plädieren dafür, weitere Flächen aus der Nutzung zu nehmen.

4. Welche Position hat Ihre Partei zur Abgeltung der Ökosystemleistung des Waldes? Sollten Sie für die Abgeltung sein, beantworten Sie bitte die beiden Zusatzfragen.

Wie könnte eine Abgeltung berechnet werden? Für welche Waldbesitzarten möchten Sie diese einführen?

Die Waldfläche im Saarland beträgt 93.500 Hektar; dies entspricht etwa 36 Prozent der Landesfläche. Damit gehört das Saarland zu den walddreichsten Bundesländern. Im Ländervergleich weist der saarländische Staatswald mit 75 Prozent Laubwald den höchsten Anteil an Laubbäumen auf. Zehn Prozent des Staatswaldes wird forstlich nicht genutzt (Urwald vor den Toren der Stadt, Nationalpark Hunsrück-Hochwald und

die Kernzone der Biosphäre Bliesgau).

Der naturnah bewirtschaftete Wald leistet eine Reihe von Öko-Systemleistungen, die die Waldbesitzer ohne Gegenleistung erbringen und oftmals erhebliche Einnahmeverluste in Kauf nehmen müssen (CO₂-Bindung, Naherholung, Naturschutz). Für den SaarForst werden diese Leistungen mit ca. 5 Mio. Euro im Jahr beziffert. Wir planen keine Änderungen.

5. Welche Position hat Ihre Partei zu weiteren Windenergieanlagen im Wald?

Unsere Partei lehnt den Bau von Windenergieanlagen im Wald nach wie vor strikt ab. Gerade weil der saarländische Wald auch eine wichtige Funktion als Naherholungsraum und als funktionierendes Ökosystem hat, darf er nicht weiter durch Windenergieanlagen zerstört werden, indem gesunde Bäume abgeholzt werden.

6. Forstwirtausbildung: Die Altersstruktur des Saarforst Landesbetriebes und der Bedarf der Kommunen und Forstunternehmer erfordert die Ausbildung von Forstwirten über die, mit der jetzigen im Saarforst vorhanden Struktur, machbare Menge hinaus. Zurzeit wird die Ausbildung in Kooperation mit Rheinland-Pfalz durchgeführt. Welchen Standpunkt bezieht Ihre Partei bezüglich Anzahl der Auszubildenden im Saarforst Landesbetrieb, sowie der Struktur der Ausbildung?

Die Anzahl der Forstwirte/wirtinnen reduziert sich jährlich. Gerade die gestiegenen Anforderungen hinsichtlich Naherholung, Waldnaturschutz, Klimakrise erfordert künftig eine viel höhere Zahl von gut ausgebildeten Fachkräften. Unter anderen verhindert die relativ schlechte Vergütung dieser qualifizierten Arbeit, dass sich mehr junge Menschen für diesen Beruf entscheiden. Er muss also attraktiver gestaltet werden, mit fairen Löhnen und gute Arbeitsbedingungen. Daher wird sich DIE LINKE für eine bessere Bezahlung und eine Erhöhung der Anzahl von Auszubildenden einsetzen. Denkbar wäre auch eine Imagekampagne, um das Interesse junger Menschen an diesem Ausbildungsberuf zu wecken. Wir lehnen im Übrigen ein Outsourcen von Waldarbeit, sozusagen eine Teilprivatisierung mit billigen Arbeitskräften, strikt ab.

7. Ein klimaresilienter Wald sollte möglichst aus Naturverjüngungen erwachsen. Insbesondere in die heimische Traubeneiche wird große Hoffnung gesetzt, da sie trockenheitsresistenter als die zurzeit noch vorherrschende Buche ist. Wie ist die Haltung Ihre Partei zu den steigenden Verbisschäden und insbesondere dem Verlust der Eiche in den Naturverjüngungen, der durch den Verbiss des Rehwildes entsteht?

8. Die Jagd wird in der Gesellschaft immer kontroverser diskutiert. Waldbesitzer- und Naturschutzverbände fordern eine Intensivierung der Rehwildbejagung

sowie eine Angleichung der Bejagungsmöglichkeiten der großen im Saarland vorkommenden Schalenwildarten. Von Jägern wird eine stärkere Bejagung des Rehwildes häufig abgelehnt, außerdem fordern Sie eine flächendeckende Ausbreitung des Rotwildes. Andere gesellschaftliche Gruppen lehnen die Jagd in Gänze ab. Wie ist die Haltung Ihrer Partei zum Thema Jagd?

Wir beantworten Frage 7 und 8 gemeinsam. Wir wissen um diese Problematik, die seit Jahren zu Diskussionen zwischen Jägern und Forstwirten führt. Verbiss ist ein Problem in allen deutschen Wäldern und Jagd ist nur ein Mittel zur Lösung. Jungpflanzen müssen mit allen zur Verfügung geschützt werden. Alternativen gibt es. Mit der Vergabe von Pirschbezirken und Jagdpachten wird die Verantwortung der Einhaltung von Abschussplänen in fremde Hand vergeben. In Waldrevieren ist das Einhalten von hohen Abschusszahlen von Rehwild insbesondere als alleiniger Jäger wie es verlangt wird, oft nicht erreichbar. Daraus folgt, dass eine Naturverjüngung des saarländischen Waldes unter den eben geschilderten Bedingungen nur möglich ist mit zusätzlichen Schutzmaßnahmen des Jungwuchses.

Der Abschuss von frei laufenden Haustieren wie Katzen oder Hunden ist wegen des damit verbundenen Leids für die Tierhalter aus unserer Sicht nicht tolerierbar. In solchen Fällen sollte der Jagdschein bis hin zum Entzug überprüft werden. Drückjagden sehen wir wegen der damit verbundenen Unfallgefahr für alle Beteiligten kritisch – sie sollten untersagt werden.

9. Sind die Jagd- und Waffengesetze zeitgemäß?

Aufgrund der Änderung des Waffengesetzes im Februar 2020 (Bundesgesetzgebungskompetenz) mit der Erlaubnis des Einsatzes von Nachtsichtgeräten sehen wir derzeit keinen weiteren Änderungsbedarf. Wir begrüßen die geplante Verlängerung der Jagdzeit in die noch vegetationsärmere Saison, also auf den 1. April vorzuziehen, um somit die Bejagung von Rehwild zu verbessern und Jungwuchs mehr schützen zu können.

10. Wie beurteilte Ihre Partei die im Jahr 2020 in Kraft gesetzte neue Biodiversitätsstrategie für den Staatswald des Saarlandes, die auch Handlungsrichtlinie für die anderen Waldbesitzarten sein soll?

DIE LINKE.Saar unterstützt die Biodiversitäts-Strategie des Landes. Sie ist vorbildlich und richtungsweisend.